

## AUSSENANSICHT

## Die Wende der Wende

Endlich gibt es einen Energieminister in Deutschland – doch sein Programm ist halbherzig. Was Sigmar Gabriel nun tun müsste. *Von Claudia Kemfert*

Deutschland hat endlich einen Energieminister – leider kein eigenständiges Energieministerium, aber immerhin einen Wirtschaftsminister, der gleichzeitig auch für das Thema Energie zuständig ist. Besser wäre es allerdings gewesen, auf Bundesebene ein eigenständiges Energiewendeministerium zu schaffen, das die Interessen bündelt und weder Umwelt noch Wirtschaft, Bau, Verkehr, Landwirtschaft oder anderen den Vorzug gibt. Die Ankopplung ans Wirtschaftsministerium birgt die Gefahr, dass vor allem die wirtschaftlichen Interessen der konventionellen Energiebetreiber Gewicht haben werden. Die Energiewende hat aber gerade zum Ziel, den Anteil konventioneller Energien zurückzuführen und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Kann so die Energiewende wirklich gelingen?

Der Koalitionsvertrag jedenfalls zeigt zunächst nicht, dass die eigentlichen Energiewende-Ziele offensiv umgesetzt werden sollen. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll einem Ausbaukorridor folgen – was de facto eher einer Ausbaubremse vor allem für die Windenergie an Land gleichkommt. Dabei wäre es wichtig, dass gerade im Süden und in Mitteldeutschland mehr Windräder gebaut werden. Zudem: Trotz des Atomausstiegs-Beschlusses gibt es in Deutschland noch immer einen Überschuss im Stromangebot, da noch immer viele alte Kohlekraftwerke am Netz sind und die restlichen Atomkraftwerke erst in

den kommenden zehn Jahren nach und nach vom Netz gehen. Es herrscht ein Stromüberschuss gerade im Norden, Westen und Osten Deutschlands. Nicht nur, weil immer mehr erneuerbare Energien hinzukommen, sondern weil zu wenige Kohlekraftwerke vom Netz gehen. In den Gebieten mit deutlichem Stromüberschuss wäre es sinnvoll, überschüssige Kapazitäten abzubauen.

Die neue Bundesregierung plant, Investitionen in Kraftwerke über sogenannte Kapazitätsmärkte anzuregen: Es soll entlohnt werden, wer Kraftwerkskapazitäten vorhält – so sollen Stromausfälle verhindert werden. Faktisch wäre das aber eine zusätzliche Subvention für konventionelle Kraftwerke. Derartige Kapazitätsmärkte wären in den kommenden zehn Jahren deshalb eher schädlich als nützlich. Denn wenn das Stromangebot knapp wird, steigt der Strompreis an der Börse – und diese Strompreisspitzen sind notwendig, damit umweltfreundliche Gas- oder auch Pumpspeicherkraftwerke wirtschaftlich laufen können. Mit einem Kapazitäts-

markt würden die falschen Anreize gesetzt werden, denn er hilft vor allem den Kohlestrom-Anbietern. Außerdem ist ein Kapazitätsmarkt teuer: Bei falscher Ausgestaltung kann der Strompreis um weitere sieben Cent pro Kilowattstunde steigen.

### Schon heute könnten Haushaltskunden entlastet werden

Die Lösung: Auch die erneuerbaren Energien müssen künftig mehr Versorgungssicherheit gewährleisten. Dazu müssen effiziente Standorte gewählt und Speicherlösungen geschaffen werden, auch eine kluge Steuerung von Angebot und Nachfrage ist wichtig. Zudem können intelligente Stromnetze für Effizienz sorgen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat bisher gute Dienste geleistet, es gibt Investoren ausreichende Planungssicherheit. Das EEG kann Kosteneffizienz garantieren, wenn die Vergütungssätze an reale Kostenentwicklungen angepasst wer-

den. Netze brauchen nicht „bis zur letzten Kilowattstunde“ ausgebaut zu werden, ein Nachfrage- und Lastmanagement kann Kosten optimieren.

Haushaltskunden könnten schon heute entlastet werden, wenn die gesunkenen Börsenpreise an die Kunden weitergegeben würden. Für energieintensive Unternehmen, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen und hohe Energiekosten haben, ist es durchaus sinnvoll, diese von überhöhten Zahlungen wie der EEG-Umlage auszunehmen. Dies ist übrigens auch mit dem EU-Recht konform und wird auch beim Emissionsrecht praktiziert. Dort werden wegen einer möglichen Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit ungefähr 850 Unternehmen ausgenommen, beim EEG hingegen sind durch die deutsche Regelung mittlerweile bis zu 2800 Unternehmen ausgenommen. Dies sollte auf ein vernünftiges Maß reduziert und an Gegenleistungen gekoppelt werden. Nur wenn Unternehmen nachweislich sparsam mit Energie umgehen, sollten Ausnahmen gewährt werden. So ließen sich die Energie-

kosten für Unternehmen senken. Außerdem könnten die privaten Haushalte und kleinere Unternehmen, die bisher die volle EEG-Umlage bezahlen, durch die Ausnahmereduktion um bis zu ein bis zwei Cent pro Kilowattstunde entlastet werden.

Leider hat sich die neue Bundesregierung nicht dazu durchringen können, ein eigenes Klimaschutzgesetz für Deutschland einzuführen. Deutschland wird die angestrebten 40 Prozent Emissionsminderung bis zum Jahre 2020 mit den derzeitigen Maßnahmen kaum schaffen können. Immerhin will sich die neue Bundesregierung – anders als die vorherige – für die Rettung des Europäischen Emissionsrechtshandels einsetzen. Der Handel mit Emissionsrechten krankt daran, dass derzeit zahlreiche überschüssige Zertifikate im Umlauf sind. Das liegt zum Teil daran, dass Zertifikate falsch zugeteilt wurden und dass die Zahl internationaler Zertifikate steigt. Zudem geht die wirtschaftliche Entwicklung zurück, sodass die langfristig festgelegten Emissionsobergrenzen zu hoch sind. Mittlerweile hat sich ein Überschuss von Zertifikaten über 1,4 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> gebildet. Diese sollten dem Markt dauerhaft entzogen werden, damit sich der Zertifikatepreis wieder stabilisieren kann. Der aktuelle CO<sub>2</sub>-Preis von knapp fünf Euro pro Tonne müsste mindestens dreimal so hoch sein, um ausreichend finanzielle Anreize für den Bau von Gas- und Pumpspeicherkraftwerken zu ge-

ben. Leider sieht der Koalitionsvertrag nur eine einmalige Herausnahme überschüssiger Zertifikate für 900 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vor. So wird es kaum nennenswerte Effekte auf den CO<sub>2</sub>-Preis geben können. Wenn der Emissionsrechtshandel nicht erfolgreich repariert wird, sollte man den Bau neuer Kohlekraftwerke über CO<sub>2</sub>-Grenzwerte regulieren.

Und schließlich darf nicht vergessen werden: Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-Angebotsende. Gerade bei Gebäuden lassen sich hohe Energiemengen und somit Energiekosten einsparen. Auch die Mobilität muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Insgesamt haben die neue Bundesregierung und vor allem der neu gekürte Energieminister somit eine Herkulesaufgabe vor sich, die allerdings auf Langfristigkeit ausgerichtet ist. An dieser Koalition wird sich entscheiden, ob die „Energiewende“ diesen Namen wirklich verdient.



**Claudia Kemfert, 45,** leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance.